

Pflegekräfte brauchen unsere Solidarität

Wir klagen an:

Die Caritas und ihren scheinheiligen Marketingspruch:

„Miteinander durch die Krise, das machen wir gemeinsam“

Ob damit die Krise hier im „Jammertal“ oder die himmlische gemeint ist..., neben zahlreichen Krisen und Ungeheuerlichkeiten der katholischen Kirche und ihrer Verbände kommt jetzt noch eine weitere dazu!

Die Caritas, als katholischer Wohlfahrtsverband hat den flächendeckenden Tarifvertrag für die Altenpflege nach langen und offenen Verhandlungen mit der Gewerkschaft Verdi abgelehnt.

Die evangelische Diakonie hat sich danach jeder Abstimmung enthalten und so die Entscheidung des Caritasverbandes unterstützt. Seit Mitte letzten Jahres hat der neu gegründete Arbeitgeber*innenverband in der Pflegebranche (BVAP), zudem u.a. die AWO, ASB und Volkssolidarität gehören. Diese haben mit Vertreter*innen der Gewerkschaft verhandelt und ab August 2021 sollte die getroffene Vereinbarung durch das Arbeitsministerium für allgemeingültig erklärt werden. Dafür war die Zustimmung der Caritas und der Diakonie notwendig. Sie haben es vorgezogen, dem Lohndumping und dem Druck der organisierten, kommerziellen Pflegeanbieter*innen im Widerstand gegen eine Regelung für die Beschäftigten, eine Bresche zu schlagen: **Das machen wir gemeinsam!**

Angesichts der Pandemie wird oft das Wort „systemrelevant“ bemüht, dahinter verbirgt sich allerdings billigste, bürgerliche Rhetorik, die hier oft in der Anerkennung der Pflegearbeiter*innen in den Sonntagsreden von der Kirchenkanzle daher kommt.

Wir erinnern uns: Alte, hilfsbedürftige Menschen waren im ersten Lockdown quasi komplett isoliert, sowohl die Erkrankungsrate als auch die Zahl der Todesfälle für Menschen aus Pflegeheimen war extrem hoch, die Erkrankungen des Pflegepersonals sind die höchsten in allen Berufsgruppen. Schutzkleidung und entsprechende Ausrüstung, Personal für Testungen sind eine Fehlanzeige. Ja, es ist zu vermuten: ein Lockdown für alte Menschen ist billiger als auskömmliches und qualifiziertes Personal.

Mit den Wohlfahrtsverbänden der katholischen und evangelischen Kirche wird eine Bezahlung und Arbeitszeitregelung verhindert, die dem Lohndumping und Unterbietungswettbewerb in der Altenpflege zumindest eine untere Haltelinie gegeben hätte.

Gegenüber dem bisherigen Pflegemindestlohn hätte die Einigung eine Erhöhung der Lohnzahlung um etwa 25 % ergeben, nicht jetzt sofort, sondern bis 2023! Eine Urlaubsregelung auf 28 Tage und Anspruch auf Urlaubsgeld im sehr bescheidenen Umfang waren vereinbart für die überaus harte, physisch und psychisch belastende Arbeit, oft im Schichtdienst, immer noch nicht angemessen, aber gerade für die prekäre Arbeitssituation in der ambulanten Altenpflege zumindest ein erster Schritt.

Die Caritas hat sich so zum Erfüllungshelfen der Kapitaleseite gemacht: Lobbyisten wie Rainer Brüderle (FDP Ex- Wirtschaftsminister) mit seiner Consulting Agentur, Vorsitzender des „Arbeitgeberverband der kommerziellen Pflegefirmen“ (BPA) lobte die Entscheidung mit „großen Respekt“. Sein Vize B. Meurer lässt sich so zitieren: „Es ist kein Fortschritt, durch immer größere staatliche Einflussnahme jede wettbewerbliche Ausgestaltung der Pflegeversicherung abschaffen zu wollen.“

Auch der Bund Deutscher Arbeitgeber, vertreten durch Herrn Kampeter, senkte den Daumen .
„ Das sich ständig wiederholende Angebot des Bundesarbeitsministers an die Akteure in der Pflege, er wolle ihnen helfen, Tarifverträge gesetzlich abzusichern, gehört sich nicht:“

Dem Klassenkampf von oben ergänzen die karitativen Verbände mit Entsolidarisierung. Die Arbeitgeberseite der Caritas stellt ihre angeblich gute Entlohnung in den Raum und verteidigt den kirchlichen Sonderweg im Tarifrecht. Der Markt wird es schon regeln und damit das nicht auffällt, fordert man jetzt eine umfassende Pflegeversicherungsreform.

Eine umfassende Reform im Gesundheitswesen ist so nötig wie die Abschaffung dieses zerstörerischen Systems!

Dieses System hat einen Namen: Es heißt sowohl Kapitalismus, als auch Patriarchat und es ist zutiefst rassistisch.

In der Altenpflege liegt der Anteil der weiblichen Erwerbstätigen bei 84 %, die Teilzeitbeschäftigung bei etwa 60 %; die Hälfte von etwa 600000 Beschäftigten arbeitet als Pflegehelferinnen. Das bedeutet absolute Niedriglöhne und gerade ein Modell von „Zuarbeit“, das eine klassische Rollenverteilung in der Gesellschaft und der sozialen Reproduktion begünstigt. Defizite in der bezahlten Pflege werden zusätzlich durch unentlohnte Carearbeit von Frauen aufgefangen, die Entgrenzung und die enorme emotionale Zuwendung im Pflegebereich wird weiblich zugewiesen, oft auch in den privaten Haushalten und so unsichtbar gemacht. Migrantinnen aus den EU-Mitgliedstaaten in Mittel- und Osteuropa, aber auch von außerhalb der EU arbeiten zu Tausenden in der häuslichen Pflege, hier oft als 24 Std.- Kraft in der Versorgung von alten und pflegebedürftigen Menschen. Ohne diese Frauen wäre die Pflege im privaten Haushalt schon längst zusammengebrochen. Sie bilden das Fundament der ambulanten Pflege und dokumentieren die Spitze der sozialen Krise. Dieses System greift auf rassistische und sexistische Herrschaftsstrukturen zurück.

Der Druck auf die Pflegekräfte nimmt seit Jahren zu. Produktivitätszuwächse sind in der Pflege nur auf Kosten des Personals zu erzielen, dabei sind immer mehr ältere Menschen dringend auf zeitintensive und bedürfnisgerechte Pflege angewiesen. Der Respekt für diese Arbeit und das Selbstbild der Pflegekräfte erfordert eine grundsätzliche Veränderung des Gesundheits- und Pflegesystems.

Dafür ist im Gesundheitsmanagement der kommerziellen und freigemeinnützigen Pflegeheimbetreiber*innen und in der ambulanten Pflege natürlich kein Platz.

Markt , Wettbewerb, Effizienz ist das Wording von Finanzinvestoren. Investitionen in Pflegeheime, Reha - Kliniken und Krankenhäuser versprechen garantierte Renditen, ähnlich verhält es sich nur mit der Rüstungsindustrie und ihren gesicherten staatlichen Aufträgen.

Dringend pflege- und hilfsbedürftige Menschen, deren Angehörige und die Pflegekräfte zahlen die Zeche, dann noch beklatscht zu werden- wie muss sich das anfühlen!

Der „Sorglosigkeit des Kapitalismus“ (B. Aulenbacher) muss ein umfassender Entwurf einer „sorgsamem Gesellschaft“ entgegen gestellt werden.

- **It s Time to act, Platz für Sorge**
- **Flächen-Tarifvertrag für die Altenpflege**
- **Gesundheit und Pflege sind keine Ware**
- **Für einen internationalen Feminismus**